Antrag

Hannover, den 29.10.2024

Fraktion der CDU

Kommunen entlasten - Zweckbindung bei der Förderung von Kinderbetreuungsplätzen abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Das Land Niedersachsen gewährt auf der Grundlage der zwischen Bund und Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarungen über die Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017-2020 und 2020-2021 Zuwendungen für Investitionen zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren nach Maßgabe der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren (RAT).

Angesichts schwankender Geburtenzahlen und schwer kalkulierbarer Wanderungssalden stehen viele Kommunen vor der Herausforderung, ohne angemessenen Planungs- und Investitionsvorlauf kurzfristig mehr Kindergartenplätze als Krippenplätze bereitstellen zu müssen. Dieser Herausforderung kann vor Ort durch eine Umnutzung oder Umwandlung vorhandener Krippengruppen in Kindergartenräume begegnet werden.

Den betroffenen Kommunen wird eine flexible und bedarfsgerechte Umnutzung indes erheblich erschwert, da die Förderung von Krippenplätzen einer Zweckbindung für Neubau, Ausbau, Umbau oder Sanierung von 25 Jahren und für Ausstattungsgegenstände von 5 Jahren unterliegt. Eine temporäre Unterbrechung der Nutzung ist nur bis zu einem Jahr ohne Förderungsrückzahlung möglich. Da eine neu eingerichtete Kindergartengruppe häufig für länger als ein Jahr benötigt wird, weil in eine neue Gruppe meist jüngere Kinder aufgenommen werden und damit die Zeit bis zur Einschulung länger als ein Jahr dauert, ist eine anteilige Förderrückzahlung meist erforderlich.

Die Zweckbindungsfrist von 25 Jahren konterkariert eine verlässliche Planung und bedarfsgerechte Steuerung der Kommunen bei der Kindertagesbetreuung. Dabei kann die Umnutzung vorhandener Räumlichkeiten eine kostengünstige und vergleichsweise schnell realisierbare Lösung für die betroffenen Kommunen für eine bedarfsgerechte Erfüllung vorhandener Rechtsansprüche auf Kindertagesbetreuung sein.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass geförderte Räumlichkeiten für Krippenplätze im Bedarfsfall auch für Kindergartengruppen umgewandelt bzw. umgewidmet werden können, ohne dass daraus eine Rückzahlungspflicht von in Anspruch genommenen Fördermitteln resultiert,
2. sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass die Zweckbindungsfrist von 25 Jahren bei der Investitionsförderung von Krippenplätzen gestrichen wird.

Begründung

Von den Kommunen ist der gesetzlich normierte Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nach § 24 Abs. 2 und 3 SGB VIII zu erfüllen. Um eine bedarfsgerechte Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen flexibler sicherstellen zu können, ist es sinnvoll, den Kommunen mehr Freiheiten bei der Realisierung zu geben.

Eine vorausschauende Kinderbetreuungsbedarfsplanung wird für die Kommunen aufgrund kurzfristiger Zuwanderungseinflüsse und anderer Einflussfaktoren schwieriger. Die bestehenden Rechtsan-

sprüche auf Betreuung bleiben davon unberührt. Dies stellt Kommunen finanziell, personell und organisatorisch vor große Herausforderungen. Die kommunalen Initiativen mit Blick auf den Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote gilt es weiter zu unterstützen.

Der Neubau oder die bauliche Erweiterung vorhandener Einrichtungen haben in der Regel einen längeren planerischen Vorlauf und sind finanziell deutlich anspruchsvoller für die kommunalen Haushalte als eine mögliche Umnutzung vorhandener Räumlichkeiten, wenn diese mit Blick auf die bedarfsgerechte Betreuung vor Ort infrage kommt. Ziel dieses Antrags ist es insoweit, den Kommunen mehr Flexibilität bei der Organisation der Kinderbetreuung zu ermöglichen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

(Verteilt am 29.10.2024)